

# Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf  
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

13.12.2019

**CDU**

Fraktion Berlin

## 51. Sitzung im Abgeordnetenhaus

*Diese Woche hat das Berliner Abgeordnetenhaus, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, den Haushalt für das Land Berlin für 2020/21 beschlossen. Dieser Haushalt ist seit 2012 der erste Haushalt, der sich nicht allein aus den Einnahmen und Ausgaben der kommenden beiden Jahre finanziert.*

*Die Verschwendungssucht von Rotrotgrün schlägt, trotz weiterhin steigender Steuereinnahmen, durch. Rotrotgrün schafft den zahlenmäßigen Ausgleich nur durch einen zeitgleich beschlossenen Nachtragshaushalt, mit dem die erwarteten Jahresüberschüsse aus 2019 in den neuen Haushalt eingestellt werden und zugleich die Steuerausfälle der jüngsten Steuerschätzung durch sog. pauschale Minderausgaben, also durch gleichzeitige pauschale Kürzungen in den Einzelplänen, abgefangen werden. Auch bei der Schuldenbremse schafft sich Rotrotgrün mehrere zusätzliche Schlupflöcher für eine neue Verschuldung des Landes Berlin. Besonders ärgerlich ist die Finanzierung von Vorhaben, die reine Klientelpolitik sind, die Verschwendung von Steuergeldern beim Ankauf unsanierter Wohnungsbestände und beim Mietendeckel und das Fehlsteuern großer Beträge im Bereich der Bildungs- und Verkehrspolitik. Dass dann bei Rotrotgrün Polizei, Feuerwehr, Verfassungs- und Katastrophenschutz auf der Strecke bleiben, überrascht dann leider nicht mehr. Die CDU-Fraktion hat dagegen mit 238 Änderungsanträgen aufgezeigt, wie und wo unsere Steuergelder richtig investiert werden müssten. Es gibt also im kommenden Jahr genug Themen und Argumente mit denen die CDU in Berlin darlegen kann,*



*dass wir die besseren Konzepte, die glaubwürdigere Politik und die richtigen Antworten für die Zukunftsfragen Berlins besitzen!*

*In diesem Sinne wünschen ich Ihnen im Namen der Steglitz-Zehlendorfer CDU-Abgeordneten ein besinnliches Weihnachtsfest und für 2020 Gesundheit, Glück und Erfolg!*

Ihr Christian Goiny

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



**Oliver Friederici**

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

**Christian Goiny**

Sprecher für Haushalt und Medien

**Adrian Grasse**

Sprecher für Forschung

**Cornelia Seibeld**

Sprecherin für Integration und Kirchen

**Stephan Standfuß**

Sprecher für Sport und

Sprecher 1. Untersuchungsausschuss

"Terroranschlag Breitscheidplatz"

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie [anklickbare](#) Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

## Haushaltsberatung Wissenschaft und Forschung

### Wachstum und Verschleiß – Mehr Geld für die Hochschulen

**Adrian Grasse**

Die Hochschulen haben in den vergangenen Jahren einen enormen Aufwuchs an Studienplätzen gestemmt. Angesichts der hohen Zahl an Studienabbrechern ist aber auch klar, dass verstärkt in die Qualität der Lehre investiert werden muss – für eine bessere Infrastruktur und bessere Rahmenbedingungen an den Hochschulen. Denn die Zuschüsse des Landes - und hier ist der Senat in der Verantwortung - reichen vielfach nicht aus, um die Kosten zu decken und die Qualität von Lehre und Forschung dauerhaft sicherzustellen.

Adrian Grasse hat in der Haushaltsdebatte die Position für die CDU-Fraktion erläutert. Er machte deutlich, dass die Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen sehr wichtig für die weitere Entwicklung der Stadt sind.



Auch der Sanierungsbedarf an den Hochschulen wurde lange unterschätzt: Die gutachterlich ermittelten 3,2 Mrd. Euro haben sich mittlerweile auf mindestens 5,4 Mrd. Euro erhöht. Die Entwicklung bei den Wohnheimplätzen für Studenten ist ein Armutszeugnis. Über 4.000 Studenten stehen auf der Warteliste. Daher hatte die CDU bei den Haushaltsberatungen die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für studentisches Wohnen gefordert, um zusätzliche Potentiale zu identifizieren.

Adrian Grasse hat in seiner Rede auch die Charité thematisiert. Der vor kurzem aus dem Amt geschiedene ehemalige Vorstandsvorsitzende der Charité, Prof. Einhäupl, hatte davon gesprochen, dass die Charité jahrelang auf Verschleiß gefahren wurde. Die strukturelle Unterfinanzierung stellt

ein hohes Risiko für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit für die Charité dar. Und die Schließung der Kinderrettungsstelle am Campus Benjamin Franklin ist ein Skandal. Der Senat hatte die Schließung im Juli mit dem Versprechen verbunden, ein Konzept für die Kinderversorgung im Südwesten vorzulegen. Darauf warten wir bis heute!

[Link zur Rede im Abgeordnetenhaus.](#)

## Kreatives Berlin in der Haushaltsdebatte

### CDU beantragt Maßnahmenpaket zur Stärkung der Clubkultur

**Christian Goiny**

Die Berliner Clubkultur ist wichtigste Säule für die kreative Entwicklung Berlins. Um sie zu stärken, hat die CDU-Fraktion ein Maßnahmenpaket beantragt, das die Schaffung einer verwaltungsübergreifenden Koordinatorenstelle zur Klärung von Genehmigungs- und Standortfragen vorsieht, außerdem eine Berücksichtigung bei der Stadtplanung, eine Plattform zur Konfliktvermeidung und -lösung und eine Stärkung der Netzwerke Clubcommission und Berlin Music Commission, sowie die Finanzierung des Berliner Musik Preises "listen to berlin".



Christian Goiny kritisierte Kultursenator Lederer (Linke) dafür, dass er außer Sonntagsreden nichts für die Stärkung der Clubszene unternimmt, so wie der gesamte Rotrotgrüne Senat.

## Integrationshaushalt

### MUFs und das Scheitern in Beton

**Cornelia Seibeld**

Fünf Jahre liegt der Beginn des enormen Bevölkerungszuwachses zurück. Heute bringen wir immer noch Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unter, weil wir nicht genügend Wohnungen in Berlin haben. Wir nehmen diesen Menschen die Möglichkeit zur Integration, weil wir sie nicht integriert unterbringen können inmitten der Bevölkerung. Seibeld: „Und weil Frau Lompscher beim Wohnungsbau nicht weiter kommt, ja weil er jetzt de facto durch den Mietendeckel auch noch aktiv abgewürgt wird, werden für viele Millionen Euro MUFs gebaut, die sogenannten Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge.“



Seibeld: „R2G ist mit der Unterbringung von Flüchtlingen kaum weniger gescheitert, als es damals in den Turnhallen der Fall war, nur dass man jetzt reichlich Zeit zur Planung hatte. Es ist die zu starrem Stein gewordene provisorische Lösung, aus der dieser Senat nicht mehr herauskommt.“

Cornelia Seibeld ist integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Seit langem plädiert sie für ein Konzept aus einem Guss, das zusammen mit Wohnungsbaugesellschaften und Privaten Projektträgern einen echten Startschuss für integriertes Wohnen in ganz Berlin gibt. „Die Konzeptfähigkeit des Senates begrenzt sich aber leider darin, weiter nur nach Flächen-Löchern in den Bezirken zu suchen und dort von oben herab Betonfakten zu schaffen“, sagt sie. Und das viel zu oft gegen berechtigten Einwand der Bevölkerung. Obendrauf würden diese Menschen, die eben die mangelnde Integrationsfähigkeit dieser Unterkünfte ansprechen oder auf ebenso notwendige

Schulplätze verweisen, auch noch hämisch abqualifiziert.

Der Senat gebe für die Errichtung eines MUFs durchschnittlich zwischen 50.000 und 60.000 Euro Baukosten für einen einzigen Unterbringungsplatz auf. Dazu kämen jährlich ca. 1.000 bis 1.600 Euro für Nutzungs- und Instandsetzungskosten pro Platz. Das ganze Geld stünde für die Unterstützung des integrierten Wohnens zur Verfügung, wenn es die Stadtentwicklungssenatorin endlich fertig bringen würde, mit innovativen Ideen den Wohnungsbau zu intensivieren. „Diesen Aufwand müssten wir gar nicht betreiben, wenn wir uns diese Gemeinschaftsunterkünfte gar nicht leisten müssten“ so Seibeld.

Hätten wir diese Wohnungen, bräuchten Flüchtlinge nicht länger als solche in Wohnheimen ohne Privatsphäre leben. Sie könnten Qualifizierungen durchlaufen, ihren Lebensunterhalt verdienen und sich ehrenamtlich engagieren – kurz und gut, sie könnten integrierte Mitglieder der Gesellschaft sein. „Wir müssen von diesen geldfressenden Unterkünften, die sich nicht am Wohle aller Berlinerinnen und Berliner orientieren, wegkommen“ sagt Cornelia Seibeld. Da helfe es in der Gesamtschau auch nicht, wenn der Haushalt manch richtige Entscheidung beinhalte – vom Ausbau der Integrationslotsen über bessere Sprachkurse und bessere Informationen für die nach Berlin kommenden Menschen.

Offenbar muss ihre Rede ins Schwarze getroffen haben, die Senatorin hat jedenfalls auf das Heftigste regiert.

---

## Wannsee

### Reaktor-Schließung: strahlende Gesichter

**Stephan Standfuß**

Mittwoch um 14:00 Uhr war es dann soweit. Der Forschungsreaktor BER II wurde abgeschaltet. Der Rückbau wird allerdings noch etwas dauern und soll bis zum Jahre 2033 abgeschlossen sein.



Die in die Jahre gekommenen Aktivisten der Begleitgruppe aus der Anti-AKW-Bewegung hatten strahlende Gesichter, aber tatsächlich ist die Abschaltung vernünftig, zumal der Weiterbetrieb des Reaktors auch wirtschaftlich keinen Sinn mehr gemacht hätte.



Der Wahlkreisabgeordnete Stephan Standfuß, der mehrfach Besucher der Begleitgruppe war, freut sich ebenfalls über die Abschaltung des Reaktors. Er fordert aber darüber hinaus auch die vollständige Entsorgung dieser Reaktors (BER II) und in diesem Zuge auch die Entsorgung des BER I, der noch versiegelt auf dem Gelände schlummert. Weiterhin kämpft er dafür, dass das Areal, das mitten in einem Wohngebiet liegt, nicht mehr als Zwischenlager für schwach strahlende Abfälle z.B. aus Krankenhäusern genutzt wird. "Das ist ein Relikt aus alten West-Berliner Zeiten. Die Insellage hat damals diese Zwischenlagerstätte erforderlich gemacht. Heute ist das nicht mehr notwendig und könnte anders geregelt werden", sagt Stephan Standfuß. Bei aller Freude über die Abschaltung des BER II ist Stephan Standfuß aber äußerst wichtig, dass das Areal weiterhin ein herausragender Standort für Wissenschaft und Forschung bleibt!

### **Schlaganfallmobil**

## **STEMO gerettet**

### **Christian Goiny**

Der öffentliche Druck und der hartnäckige Protest, auch der CDU, haben sich gelohnt. Die Stemo-Fahrzeuge der Feuerwehr, zur Behandlung von Schlaganfallpatienten, bleiben erhalten! Damit ist Schaden für die Gesundheit der Berliner und für den Wissenschaftsstandort abgewendet.



Haushälter Christian Goiny begleitet das Projekt seit 2014 und hat sich regelmäßig vom Leiter des Forschungsprojekts, Prof. Audebert von der Charité, über das Projekt informieren lassen. Geplant ist jetzt für das kommende Jahr eine Informationsveranstaltung, um über den Stand des Projekts zu informieren.

---

### **Versagen in der grünen Verkehrspolitik**

## **Grüne Irrfahrten**

### **Oliver Friederici**

„Drei Jahre nach Koalitionsbeginn überbieten sich die Grünen mit Vorschlägen gegen den Autoverkehr“, so Oliver Friederici, Verkehrs-Sprecher der CDU-Fraktion. „Ein durchsichtiges Manöver, um vom eigenen Versagen in der Verkehrspolitik abzulenken. Die Folgen bekommen die Berliner jeden Tag zu spüren: Busse, Bahnen und Straßen sind überlastet, der Radwegeausbau kommt nicht voran.“



Vor diesem Hintergrund ist es geradezu absurd, wenn die Grünen jetzt auch noch unsere wichtigsten Geschäftsstraßen für Autos sperren wollen. Dabei müssten sie wissen, dass der Autoverkehr ganz bestimmt nicht Ursache etwaiger Käufer-

Rückgänge ist. Vielmehr macht dem Handel die zunehmende Konkurrenz durch neue attraktive Einkaufszentren zu schaffen, die auch in Zukunft mit Autos erreichbar bleiben.

Berlins Grüne müssen auch endlich davon absehen, immer wieder über die Köpfe der Betroffenen vollendete Tatsachen schaffen zu wollen, wie dies leider in der Friedrichstraße passiert ist. Geschäftsleute und Anwohner müssen bei Planungen zu ihren Straßen vorher zwingend beteiligt werden, ihre Entscheidungen sind zu respektieren.

Berlin ist von einer stadtverträglichen Verkehrswende weiter entfernt denn je. Vorrang muss der Ausbau des Nahverkehrs haben, ebenso die schrittweise Rücknahme verlängerter Takte in U-Bahnen. Leitsysteme können die Parkplatzsuche minimieren, grüne Wellen die Leistungsfähigkeit unserer Straßen erhöhen. Hier haben die Grünen in ihrer Ressortverantwortung nicht geliefert, sondern mit realitätsfernen Entscheidungen wie Fahrverboten und Tempo 30 für Unsicherheiten, neue Staus und weniger Klimaschutz gesorgt.“

[Link zum Video mit der Rede.](#)

---

### **Sport im Haushalt**

## **ROT-ROT-GRÜN: Viel Geld für sozialistische Wahnideen, der Sport kommt viel zur kurz !**

**Stephan Standfuß**

Nur da, wo auf die CDU gehört wurde, sind die Ergebnisse gut für Berlin. Insgesamt ist der Sporthaushalt einer Stadt, die sich Sportmetropole nennt, jedoch nicht würdig! Das sagte Stephan Standfuß in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 05 Innere Sicherheit und Sport - Teilbereich Sport.



Standfuß kritisierte, dass der dringend erforderliche Sanierungsbedarf von Sportstätten in Höhe von 220 - 240 Millionen Euro im Haushalt von ROT-ROT-GRÜN gar keine Rolle spielt und Empfehlungen des Landessportbundes nicht berücksichtigt wurden. So ist der Zustand vieler Sportstätten in Berlin so schlecht, dass sofortige Schließung droht. Bei einer wachsenden Stadt müssen nicht nur neue Sportanlagen geplant und gebaut werden, sondern es ist auch wichtig, dass alle Bestandsanlagen in gutem Zustand erhalten werden.

Ein Vorschlag der CDU gegen den Engpass gedeckter Sportflächen im Winter ist die Überdachung ungedeckter Sportstätten mit mobilen Überdachungslösungen im Schnellbauverfahren (Traglufthallen, Leichtbauhallen, etc.), bis neue Sporthallen gebaut werden. Zumindest die Berliner Bäderbetriebe haben verstanden, dass das eine sehr gute Idee ist. Unkompliziert und schnell entschieden, wurde über das Kombi-Freibad an der Seestraße für den Winter eine Traglufthalle errichtet. Damit werden Engpässe bei den Hallenzeiten in der kalten Jahreszeit beseitigt und jede Nutzergruppe kann befriedigt werden.

Wir lernen also, dass die CDU mit Ihren Ideen der Stadt Berlin gut tut. Das katastrophale Verschleudern der Gelder für unsinnige ideologische Ideen des rot-rot-grünen Senats im Haushalt 2020/21 muss ein Ende haben. Wir kämpfen dafür, dass es der letzte Haushalt dieser Chaostruppe war!

[Link zum Video mit der Rede.](#)

[Haushaltsplan Inneres und Sport.](#)

---

### **Verkehr und der Haushalt von Berlin**

## **Linksgrüne Schikanen gegen Autofahrer**

**Oliver Friederici**

„Der Haushalt der Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr ist ein klassisches Beispiel für Klientelpolitik, dem Leugnen des Wachstums der Stadt Berlin, dem Ignorieren des steigenden Pendlerverkehrs von und nach Brandenburg – dieser Haushalt ist in weiten Teilen bürgerfeindlich.“

Die Menschen, die Rot-Rot-Grün nicht gewählt haben, werden mit dem Haushalt 2020 und 2021 bestraft. Demgegenüber wird die linke Wählerklientel innerhalb des Berliner S-Bahnringes für ihr vergangenes Wahlverhalten 2016 belohnt. Wenn man der Senatspolitik weiter folgt, bekommt die linke Klientel der Innenstadt Straßenbahnen und autofreie Wohnviertel. Die Folge ist eine Dorf- und Landpolitik für die vielen zugereisten linken Wähler aus der deutschen Provinz. Diese Wählerklientel bekommt dann überbreite Fahrradspuren zu Lasten von BVG und individuellem Verkehr und eine Vielzahl von Spiel- und Fahrradstraßen, damit sie im Herbst 2021 wieder die gleichen linken Parteien wählen.

Hinzu kommt, dass Senatorin Günther bewusst den Konflikt sucht: Beispielsweise in der Frankfurter Allee bei den von den Anwohnern genutzten und erwünschten Parkplätzen auf dem Mittelstreifen, die nun vernichtet werden sollen.

Ein weiteres Beispiel sind die von der Velo GmbH gebauten Poller-Radwege, die nur die Aufgabe haben, den allgemeinen Verkehr zu verlangsamen sowie Rettungsdienste und Polizei zu behindern.

Beispielsweise ist die neue S-Bahnausschreibung für die Teilnetze 2 und 3 bewusst so kompliziert gehalten, damit die Deutsche Bahn erstmal nicht zum Zuge kommt. Man will bewusst die S-Bahner für ihre klare Haltung gegen den rot-rot-grünen Senat bestrafen. Stattdessen soll nun dank der grünen Verkehrsverwaltung das Einheitsnetz der S-Bahn Berlin und Brandenburg zerschlagen werden.“

---

### Bezirksfinanzierung

## CDU Forderung setzt sich durch!

### Christian Goiny

Manchmal hilft stetiger Protest und nachhaltiges Argumentieren doch!

Mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt hat Rotrotgrün sich endlich durchgerungen, die zahlreichen Sonderprogramme, mit denen z.B. Schul- und Sportanlagen in den Bezirken vom Senat finanziert werden, aufzulösen und dieses Geld den Bezirken im Rahmen der Globalsumme zur Verfügung zu stellen.

Die CDU hat das seit Jahren, übrigens auch in Wahlprogrammen gefordert, weil die Bezirke damit effizienter und flexibler wirtschaften und schneller bauen können und zum Jahresende weniger Geld liegen bleibt. Selten siegt sogar bei Rotrotgrün die Einsicht...

[Haushaltsplan Finanzen, Bezirke, Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten](#)

---

### Kein Leuchtturm

## Jahn-Sportpark - zweiter BER?

### Stephan Standfuß

Bei einem Treffen von Vereinsvertretern im Jahn-Sportpark ansässiger Vereine und der Polizei als zukünftigem Nutzer des Geländes mit dem zuständigen Wahlkreisabgeordneten Stephan Lenz und unserem sportpolitischen Sprecher Stephan Standfuß wurde klar, dass wir von einem vom Senat hoch gelobten "Leuchtturmprojekt" weit, sehr weit entfernt sind.



Die Fertigstellung bis zu den Special Olympics 2023, die wünschenswert gewesen wäre, hat der Senat bereits einkassiert. Das marode Jahn-Stadion sollte ab dem Sommer 2020 durch einen Neubau ersetzt werden. Doch Rot-Rot-Grün stritt über das Verfahren. Jetzt gibt es angeblich einen Kompromiss. Allerdings scheint man sich bei rot-rot-grün erst einmal vom schief gelaufenen Planungsstart erholen zu wollen. Der Baustart 2020 wurde jedenfalls erneut in Frage gestellt und die Gelder dafür wurden angehalten. Für das marode alte Jahn-Stadion läuft derzeit die letzte Saison, dann erlischt die Betriebserlaubnis. Seit Langem ist deshalb ein Neubau an derselben Stelle geplant. Bereits seit 2015 gibt es einen Masterplan für den gesamten Jahn-Sportpark, nach dem der Park zu



einem behindertengerechten, inklusiven Sportareal umgebaut werden soll. Für den Ausbau des gesamten Areals sind insgesamt 195 Millionen eingeplant.

"Dies ist eines der wichtigsten Sport-Infrastruktur-Projekte in Berlin innerhalb der nächsten Jahre, aber es droht zu einem Desaster zu werden", sagt Stephan Standfuß nach dem Treffen. "Hier muss schnell, vernünftig und konsequent gehandelt werden, sonst droht ein Chaos wie beim Großflughafen BER!

---

*Der Wald muss Berlin wichtig sein*

### Berliner Forsten aufforsten

**Christian Goiny**

Der Zustand der Berliner Forsten gibt Anlass zur Sorge. Deswegen ist ein Schwerpunkt der Haushaltsanträge der CDU-Fraktion den Zustand des Berliner Waldes zu verbessern.



Im Oktober ließen sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger und der haushaltspolitische Sprecher, Christian Goiny, von Revierförster Kiltz die Situation vor Ort erklären. Fazit: Die Berliner Forsten benötigen mehr Personal, bessere

Ausstattung, der Schutz des Waldes muss verbessert werden, es muss in Aufforstung investiert und es müssen die Auswirkungen des Klimas auf die Gesundheit des Waldes besser erforscht werden. Hierzu hat die CDU entsprechende Anträge zum Haushalt eingebracht, die Rotrotgrün aber abgelehnt hat.

---

### Koalition im Klimanotstand

**Oliver Friederici**

Im rot-rot-grünen Senat löst sich das wichtige Thema Klimaschutz in heißer Luft auf. Konkrete Vorschläge gibt es nicht. Von der Verbannung von Verbrennungsmotoren aus weiten Teilen der Stadt, die der Regierende Bürgermeister bei einer Konferenz in London bereits im September zugesagt haben soll, erfahren die Berliner erst jetzt aus den Medien. Offenbar hat sich Michael Müller für seine Idee geschämt, die wir weiterhin ablehnen. Durch sie werden Verkehrsteilnehmer in unserer Stadt ausgegrenzt. Müller selbst könnte mit gutem Beispiel vorgehen und seinen bundesweit klimaschädlichsten Dienstwagen wechseln.

Gleichzeitig verhindern die Regierungsfractionen vieles, was zum Klimaschutz beitragen könnte. Der Ausbau von S- und U-Bahnen wurde ebenso abgelehnt, wie der von P&R-Plätzen, sodass es keine Anreize für Pendler gibt, auf Bus und Bahn umzusteigen.

Der Bestand an Stadtbäumen hat sich unter Rot-Rot-Grün dramatisch reduziert, der Vorschlag eines neuen Stadtwaldes auf dem Tempelhofer Feld wird voreilig abgelehnt, ohne dass die Berliner dazu befragt wurden. Wenn die Koalition heute den Klimanotstand erklärt, dann richtet er sich gegen sie selbst.

[Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist nach Fertigstellung auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

**Impressum / ViSdP:** Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.  
Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, [buergerbuerer.hindenburgdamm@gmail.com](mailto:buergerbuerer.hindenburgdamm@gmail.com); Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, [kontakt@starkes-zehlendorf.de](mailto:kontakt@starkes-zehlendorf.de)